



**Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)**  
**Regionalgruppe Münster**  
Kajo Schukalla  
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

Münster, Sonntag, 19. November 2017

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechts- und Eine-Welt-Arbeit,  
sehr geehrte Damen und Herren,

aufmerksam machen möchte ich bereits jetzt auf einige Veranstaltungen.

**Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe**  
**Aktionstag**

Mahnwache vor dem Rathaus durch Amnesty International

**Donnerstag, 30. November 2017, 15-17 Uhr**

Weltweit beteiligen sich mehr als 2000 Städte in 109 Ländern an der weltweiten Aktion. Münster ist seit 2007 Mitglied des internationalen Aktionsbündnisses.

Als Zeichen des Protestes gegen die Todesstrafe bleiben im Rathaus auch nachts die Lichter angeschaltet.

Am **Samstag, den 9. Dezember 2017**, dem **Vorabend des Tags der Menschenrechte** und **Tag der Genozid-Konvention** beteiligen wir uns am Fest und an der gemeinsamen Präsentation mit dem Eine-Welt-Forum. Details werden noch mitgeteilt. In dem Rahmen wird auch das Buch „Dekolonisierung des Denkens“ von Ngũgĩ wa Thiong’o im Rahmen vorgestellt und diskutiert werden. Die Veranstaltung findet um 18 – 22 Uhr im Freiherr-von-Vincke-Haus, Domplatz 36, statt. Als Gesellschaft für bedrohte Völker sind wir natürlich mit einem Infostand dabei. Der Eintritt ist frei.

Da an dem Tag auch die **Darfur-Hilfe** in Münster tagt, werden wir eine geplante **Mahnwache vor dem Rathaus** insbesondere zur **Flüchtlingslage der Rohingya** auf den Freitag oder Sonntag, (8. oder 10.12.) verschieben müssen. Wir werden über den Termin informieren.

Das nächste **GfbV-Arbeitstreffen** findet am **Donnerstag, den 7.12.**, um 20 Uhr in der Brücke statt. Interessierte sind, wie immer, herzlich willkommen.

Ab morgen bis zum 29.11. bin ich **in Ghana unterwegs** und praktisch kaum erreichbar. Auch werde ich meine Post erst in der Woche danach abarbeiten können. Ich bitte um Verständnis. Bei dringenden Anliegen bitte ich, Ulrike Kuhlmann zu kontaktieren (Verbindungen siehe unten).

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

## **Aktuelle GfbV-Pressemitteilungen aus dem Bundesbüro**

### **Ölunfall in den USA: Native Americans befürchten Grundwasserverseuchung Scharfe Kritik an Trumps Pipeline-Plänen**

*(Pressemitteilung vom 17.11.2017)*

Indigene Gemeinschaften warnen seit Jahren vor den unüberschaubaren Folgen von Ölunfällen aufgrund von Lecks in Pipelines. Trotzdem setzt die Trump-Regierung auf einen Ausbau des Pipeline-Netzes.

Nach einem Leck in der Keystone Pipeline in South Dakota (USA) befürchten Native Americans eine großflächige Verseuchung des Grundwassers, aus dem sie ihr Trinkwasser beziehen, berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Freitag in Göttingen. „Wir sind sehr besorgt über das Leck, weil wir fürchten, dass es den größten unterirdischen Süßwasserspeicher Nordamerikas verseucht“, sagte David Flute, das Oberhaupt der indigenen Gemeinschaft der Sisseton Wahpeton Oyate aus dem Lake Traverse Reservat, nach dem Bekanntwerden des Unfalls. Angaben der Betreibergesellschaft TransCanada zufolge sollen aufgrund des Lecks in der unterirdisch verlegten Pipeline am Donnerstag rund 795.000 Liter Öl in das Erdreich ausgetreten sein.

Nachdrücklich forderte die GfbV das Unternehmen TransCanada auf offenzustellen, warum die Umweltbehörden South Dakotas so spät über den schwerwiegenden Unfall informiert wurden. „Dadurch wurde wichtige Zeit verloren, um das Ausmaß der Umweltkatastrophe zu begrenzen“, kritisierte die GfbV in einem Schreiben an die Betreibergesellschaft. TransCanada hatte mitgeteilt, dass das Unternehmen die Umweltbehörden erst viereinhalb Stunden nach Feststellung des Unfalls verständigt hat.

„Die Native Americans fühlen sich durch den Ölunfall in ihrer Kritik an den Pipelines bestärkt“, berichtete die GfbV. Noch im Oktober 2017 hatten Bear Shield von den Rosebud Sioux sowie Harold Frazier von den Cheyenne River Sioux ihren Widerstand gegen neue Pipelines bekräftigt. Beide führende Repräsentanten indigener Völker warnten vor schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen von Ölunfällen. Manche der neuen Pipelines sollen nur 15 Meilen von ihren Reservaten entfernt verlaufen. Dadurch ist die Trinkwasserversorgung von 65.000 Native Americans gefährdet.

Indigene Gemeinschaften warnen seit Jahren vor den unüberschaubaren Folgen von Ölunfällen aufgrund von Lecks in Pipelines. Trotzdem setzt die Trump-Regierung auf einen Ausbau des Pipeline-Netzes. Im März 2017 genehmigte die US-Regierung den umstrittenen Bau der Keystone XL-Pipeline, einer Erweiterung der bislang bestehenden Keystone Pipeline. Mit ihr soll Öl aus Kanadas Provinz Alberta nach Texas transportiert werden. Der gestrige Ölunfall kommt für die Trump-Regierung zu einer denkbar schlechten Zeit, da am kommenden Montag die Behörden in Nebraska über die endgültige Genehmigung der Keystone XL-Pipeline entscheiden sollen.

**Zentralafrikanische Republik braucht mehr Aufbauhilfe!  
Weltsicherheitsrat will mehr Blauhelme entsenden - Schutz der  
Zivilbevölkerung muss verstärkt werden**

*(Pressemitteilung vom 16.11.2017)*

Es ist zwar ein wichtiges Signal, dass der Weltsicherheitsrat am Mittwochabend beschlossen hat, die UN-Friedenstruppe MINUSCA zu verstärken und zusätzlich 900 Blauhelme dorthin zu entsenden. Doch die dann insgesamt 11.650 UN-Sicherheitskräfte werden nicht ausreichen, um in den ländlichen Gebieten die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

In der umkämpften Zentralafrikanischen Republik muss die Zivilbevölkerung besser geschützt werden, fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). „Es ist zwar ein wichtiges Signal, dass der Weltsicherheitsrat am Mittwochabend beschlossen hat, die UN-Friedenstruppe MINUSCA zu verstärken und zusätzlich 900 Blauhelme dorthin zu entsenden. Doch die dann insgesamt 11.650 UN-Sicherheitskräfte werden nicht ausreichen, um in den ländlichen Gebieten die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Denn das Land ist fast doppelt so groß wie Deutschland und Armee sowie Polizei sind nicht in der Lage, Zivilisten wirksam vor Übergriffen von Milizen zu schützen, die um die Macht und den Zugang zu Bodenschätzen kämpfen“, warnte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen. Im ersten Vierteljahr 2017 flohen 215.000 Menschen vor der Gewalt. Rund 1,1 der fünf Millionen Bewohner des Landes sind auf der Flucht.

Dringend forderte die GfbV mehr Hilfe für den Wiederaufbau und die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik. Mit 2,4 Millionen Menschen ist fast die Hälfte der Bevölkerung auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen, um zu überleben. Der Staat gilt als das ärmste Land der Welt. Doch nur 37 Prozent der von Hilfsorganisationen für das Jahr 2017 benötigten Gelder sind bislang durch Zusagen von Geberländern gedeckt.

Die Milizen missbrauchen immer wieder die Religion, um Spannungen zwischen Christen und Muslimen anzuzünden. So werden in der Stadt Bangassou 2.000 muslimische Flüchtlinge, die sich in ein christliches Seminar geflüchtet haben, von vermeintlich christlich orientierten Milizen belagert. Ähnliches widerfährt Christen in muslimisch dominierten Regionen.

Der katholische Kardinal Dieudonné Nzapalainga und der Imam Kobine Layama riefen am Dienstag gemeinsam zu Ruhe und Frieden auf, nachdem bei einem Terroranschlag auf eine Musikgruppe in einem Café am vergangenen Samstag in der Hauptstadt Bangui sieben Menschen getötet und 20 verletzt worden waren. Sechs der Musiker, die sich seit Jahren für Frieden und Verständigung einsetzen, wurden bei dem Angriff mit Brandsätzen verletzt. Ozaguin, der prominente Sänger des Musikensembles, zeigte sich tief erschüttert, weil er mit seinem Konzert in einem überwiegend von Muslimen bewohnten Viertel auch ein Zeichen für Frieden setzen wollte.

## **Jemen: Keine Waffen an Saudi-Arabien!**

### **„Lebensnotwendige Infrastruktur zerbombt - Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sofort einstellen!“**

*(Pressemitteilung vom 15.11.2017)*

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ruft die Bundesregierung dazu auf, alle Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien zu stoppen, bis das sunnitische Königreich seine Luftangriffe auf Ziele im benachbarten Jemen einstellt und die Blockade der Flug- und Seehäfen sowie der Grenzübergänge aufhebt. „Die Bombardements der saudischen Luftwaffe, denen vor allem unschuldige Zivilisten zum Opfer fallen, müssen umgehend beendet werden“, fordert der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido. „Außerdem müssen die Grenzen sofort für Hilfslieferungen geöffnet werden. Die Menschen im Jemen absichtlich einem Hungersterben auszusetzen und darüber hinaus gezielt lebensnotwendige Infrastruktur zu zerstören, darf nicht hingenommen werden. Unter diesen Umständen ist es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung kürzlich genehmigt hat, Saudi-Arabien Rüstungsgüter im Wert von knapp 148 Millionen Euro zu liefern.“ In den vergangenen zweieinhalb Wochen zerbombte die saudische Luftwaffe die Trinkwasseraufbereitungsanlagen, Wohnviertel, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Bauernhöfe, Märkte und andere zivile Ziele in dem von bewaffneten Konflikten zermürbten und verarmten südarabischen Jemen.“

Seit Beginn des militärischen Eingreifens Saudi-Arabiens im Nachbarland Ende März 2015 wurden mindestens 10.000 Menschen getötet und Zehntausende verletzt. Mehr als 2.000 Schulen wurden zerstört oder schwer beschädigt. Von 26 Millionen Jemeniten sind etwa 21,2 Millionen, also fast 85 Prozent der Bevölkerung, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Etwa 7,6 Millionen, darunter drei Millionen Kinder und Frauen, leiden an Unterernährung. Auch Epidemien wie Cholera sind bereits ausgebrochen. Mindestens drei Millionen Jemeniten sind innerhalb des Landes auf der Flucht. 173.000 haben den Jemen bereits verlassen.

Ganz besonders schlimm steht es nach Angaben der GfbV um die Minderheit der seit jeher ausgegrenzten Al-Akhdam. Sie werden aufgrund ihrer dunkleren Hautfarbe seit Jahrhunderten diskriminiert und oft wie Sklaven behandelt, obwohl die Sklaverei im Jemen offiziell seit den 1960er Jahren abgeschafft ist. Die Al-Akhdam leben vorwiegend in städtischen Slums der umkämpften jemenitischen Städte wie Taizz oder in der immer wieder von der saudischen Luftwaffe angegriffenen Hauptstadt Sanaa. Durch den Krieg sind die Al-Akhdam in ein kaum vorstellbares Elend geraten, werden bei der Verteilung der wenigen Hilfsgüter, die in den Jemen gelangen, so gut wie gar nicht berücksichtigt. Mit 500.000 bis drei Millionen Angehörigen stellt diese Volksgruppe zwei bis zehn Prozent der 27 Millionen Einwohner des Landes.

Ein auf der Basis von Recherchen einiger GfbV-Freunde im Jemen erstelltes Memorandum mit dem Titel: „Die Al-Akhdam im Jemen: Eine rechtlose Minderheit in einem vergessenen Krieg“ kann per E-Mail an [nahost@gfbv.de](mailto:nahost@gfbv.de) angefordert oder auf [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) heruntergeladen werden.

Kontakt: Dr. Kamal Sido, GfbV-Nahostreferent  
E-Mail: [nahost@gfbv.de](mailto:nahost@gfbv.de), [presse@gfbv.de](mailto:presse@gfbv.de)



Mahnwache vor der saudischen Botschaft.

### **Appell an Städtetag: Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern wachhalten.**

#### **Treffen des Deutschen Städtetages in Berlin (15.11.)**

*(Pressemitteilung vom 14.11.2017)*

Es ist wichtig, dass die Erinnerung an die Opfer dieses Völkermordes, der 1915 begann, wachgehalten und die Menschen in Deutschland über die leidvolle Geschichte der Armenier und Assyrer/Aramäer/Chaldäer informiert werden. Foto: Wikimedia Commons

Anlässlich des Treffens des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages am kommenden Mittwoch (15.11.) in Berlin hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) an die Präsidentin des Verbandes, Eva Lohse, appelliert, anzuregen, dass in möglichst vielen Städten Gedenktafeln für die im Osmanischen Reich ermordeten Vorfahren der in Deutschland lebenden armenischen und assyrisch-aramäischen Christen angebracht oder Gedenkstätten errichtet werden.

„Es ist wichtig, dass die Erinnerung an die Opfer dieses Völkermordes, der 1915 begann, wachgehalten und die Menschen in Deutschland über die leidvolle Geschichte der Armenier und Assyrer/Aramäer/Chaldäer informiert werden“, schrieb die Menschenrechtsorganisation an die Präsidentin. „Schließlich hatte das Deutsche Reich durch die enge Zusammenarbeit mit dem Osmanischen Reich im Ersten Weltkrieg Kenntnis über die damalige Verfolgung der Christen. Die Todesmärsche, Massendeportationen, Zwangsarbeit, Massaker an Männern und die Versklavung ihrer Frauen und Kinder waren bekannt.“

„Schon deshalb sollte es uns ein besonderes Anliegen sein, den unter uns lebenden Armeniern/Assyrern/Chaldäern und Griechen einen Ort der Trauer zu schaffen und ein Zeichen gegen das Vergessen zu setzen“, erklärte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Dienstag. Mit Blick auf den Umgang mit diesem historischen Verbrechen in der Türkei und im gesamten Nahen Osten fügte er hinzu: „Die Verleumdung dieses Genozids darf in Deutschland nicht geduldet werden, vielmehr müssen wir uns an der Aufarbeitung aktiv beteiligen.“ Die GfbV hatte sich mit ausführlichen Appellen, Gedenkorte für die ermordeten Christen des Nahen Ostens zu errichten, bereits im Sommer an das Präsidium des Deutschen Städtetages

gewandt.

Der Menschenrechtler betonte, dass in Deutschland gerade jetzt klare Zeichen gegen die Unterdrückung und Diskriminierung von Christen und anderer religiöser Minderheiten in der Türkei und im ganzen Nahen Osten gesetzt werden müssten. „Dort werden immer mehr islamische Scharia-Gesetze, unter denen Minderheiten und Frauen zu leiden haben, verabschiedet. Wir sollten unser Möglichstes dafür tun zu demonstrieren, dass europäische Länder ein friedliches und tolerantes Miteinander der Religionsgemeinschaften fordern und fördern.“

Im Deutschen Städtetag sind 3.400 kreisfreie und kreisangehörige Städte und Gemeinden mit insgesamt fast 52 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Sein Hauptausschuss tagt drei Mal jährlich. Dessen rund 135 Mitglieder werden von den Landesverbänden entsandt.

### **ASEAN-Gipfel kritisiert: Rohingya-Krise ignoriert ASEAN ignoriert Rohingya-Krise und versagt beim Schutz von Menschenrechten** *(Pressemitteilung vom 13.11.2017)*

Die stellvertretende UN-Generalsekretärin und UN-Sondergesandte für die Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, hatte Burmas Armee nach einem Besuch bei Flüchtlingen in Bangladesch vorgeworfen, systematisch Rohingya-Frauen zu vergewaltigen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat der ASEAN Versagen beim Schutz von Menschenrechten vorgeworfen, weil die Staatengemeinschaft Südostasiens bei ihrem Gipfeltreffen in Manila zur Rohingya-Krise schweigen will. „Das von der ASEAN hochgehaltene Prinzip der Nichteinmischung darf nicht als Entschuldigung vorgeschoben werden, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ignorieren. Wer so handelt, leistet weiteren ethnischen Säuberungen und Verbrechen Vorschub“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Nur internationaler Druck auch durch die ASEAN-Staaten kann dazu beitragen, die Verantwortlichen für die Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen und eine politische Lösung des Rohingya-Konflikts zu erreichen.“

Das zweitägige ASEAN-Gipfeltreffen hat am heutigen Montag in der philippinischen Hauptstadt begonnen. Der Entwurf des Abschlussdokuments enthält keine ausdrückliche Stellungnahme zur Eskalation des Rohingya-Flüchtlingsdramas und den schweren Menschenrechtsverletzungen im Rakhine Staat im Norden Burmas / Myanmars. Beobachter berichten, dass man damit Burmas Staatsrätin Aung San Suu Kyi entgegenkommen will, die sich ausländische Kritik am Umgang ihres Landes mit der muslimischen Rohingya-Gemeinschaft verbeten hat.

„Aung San Suu Kyi hat in der Vergangenheit der ASEAN oft selbst vorgeworfen, das Prinzip der Nichteinmischung als Vorwand zu benutzen, um Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren – heute profitiert sie selbst davon“, sagte Delius. Als die Friedensnobelpreisträgerin Ende der 90er-Jahre in Burma unter Hausarrest stand, hatte sie dieses Prinzip der ASEAN als nicht mehr zeitgemäß kritisiert.

„Außerdem verspielt Aung San Suu Kyi jede Glaubwürdigkeit, wenn sie sich am

Sonntag in einer Rede bei einem Wirtschaftsseminar für eine Stärkung der Rolle der Frauen in Burmas Gesellschaft einsetzt und zugleich zu Massenvergewaltigungen von Rohingya-Frauen durch Burmas Soldaten und buddhistische Extremisten schweigt“, sagte Delius. Die stellvertretende UN-Generalsekretärin und UN-Sondergesandte für die Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, hatte Burmas Armee nach einem Besuch bei Flüchtlingen in Bangladesch vorgeworfen, systematisch Rohingya-Frauen zu vergewaltigen. Nach Pattens Aussage ist diese sexualisierte Gewalt auch eine der Hauptgründe für die Massenflucht von Rohingya aus Burma.

## **Kamerun droht nach Serie politisch motivierter Morde ein Bürgerkrieg Eskalation der Gewalt in Kamerun**

*(Pressemitteilung vom 13.11.2017)*

Der seit 35 Jahren regierende Staatspräsident Paul Biya scheint nicht zu einem glaubwürdigen Dialog mit der Minderheit bereit zu sein.

Nach einer Serie politisch motivierter Morde hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor einer Eskalation der Gewalt und einem Bürgerkrieg in Kamerun gewarnt. „Dringend muss der Streit um die Benachteiligung der englischsprachigen Minderheit in dem zentralafrikanischen Staat durch politische Verhandlungen gelöst werden, um eine weitere Eskalation der Spannungen zu verhindern. Der seit 35 Jahren regierende Staatspräsident Paul Biya scheint jedoch nicht zu einem glaubwürdigen Dialog mit der Minderheit bereit zu sein“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius. Innerhalb dieser Woche wurden bei drei Mordanschlägen mutmaßlicher Befürworter einer Abspaltung der englischsprachigen Regionen vier Sicherheitskräfte getötet.

Zuletzt ist am Freitag ein Soldat nahe der Stadt Mambé an der Grenze zu Nigeria von bewaffneten Maskierten überfallen und erwürgt worden. Der Streit um die Zukunft der englischsprachigen Gebiete war Ende des Jahres 2016 eskaliert, als Proteste der Minderheit brutal von Sicherheitskräften niedergeschlagen wurden. Der Konflikt verschärfte sich weiter, als am 1. Oktober 2017 Soldaten mindestens 17 Demonstranten bei der symbolischen Ausrufung der Republik „Ambazonia“ durch die englischsprachige Minderheit erschossen. Aus Hubschraubern sollen Armeeingehörige wahllos auf die feiernde Menge in der im Nordwesten des Landes gelegenen Stadt Bamenda gefeuert haben, berichteten Augenzeugen. Später wurde über der Stadt der Ausnahmezustand verhängt und der Mobilfunkverkehr eingestellt. Mehrere Dutzend Demonstranten wurden verhaftet. Rund 20.000 Anglophone flohen vor der Gewalt nach Nigeria.

Nachdrücklich forderte die Menschenrechtsorganisation eine Bestrafung der Verantwortlichen für die Eskalation der Gewalt, um Vertrauen zu schaffen und einen glaubwürdigen politischen Dialog zwischen allseits respektierten Sprechern der englischsprachigen Minderheit und der französischsprachigen Mehrheit zu beginnen.

Die englischsprachige Minderheit im Nord- und Südwesten des Land stellt rund ein Fünftel der 23 Millionen Bürger des Landes. Seit vielen Jahrzehnten beklagen die Anglophonen, nur als Bürger zweiter Klasse behandelt und in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nicht angemessen berücksichtigt zu werden. Auch werfen sie der französisch dominierten Regierung vor, ihre Regionen zu vernachlässigen. Der Konflikt geht auf die Kolonialzeit zurück, als die ehemalige deutsche Kolonie im Jahr

1916 unter Frankreich und Großbritannien aufgeteilt wurde. Am 1. Oktober 1961 wurden die englischsprachigen Gebiete in den 1960 von Frankreich unabhängig gewordenen Staat Kamerun integriert.

## **„Erste Opfer des Klimawandels“ beim Klimagipfel ausgegrenzt Repräsentanten indigener Völker kommen nicht zu Wort**

*(Pressemitteilung vom 10.11.2017)*



Der Ashaninka-Sprecher Benki Piyäko aus dem brasilianischen Bundesstaat Acre ist seit Beginn der Klimakonferenz in Bonn dabei. Seine Gemeinschaft hat schon vor Jahren die Initiative für den Regenwald ergriffen und über 2.000 junge Bäume auf ihrem Territorium nachgepflanzt. Foto: Hanno Schedler für GfbV

Der bisherige Verlauf des Klimagipfels in Bonn ist bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) auf scharfe Kritik gestoßen. „Die Repräsentanten indigener Völker, die aus allen Teilen der Welt angereist sind, kommen nicht zu Wort. Sie warten seit Tagen dringend darauf, als gleichwertige Verhandlungspartner in die Diskussion über Maßnahmen zur Eindämmung der Erderwärmung einbezogen zu werden. Doch sie werden von den offiziellen Vertretern der Industrienationen nicht gehört“, sagte die GfbV-Brasilien-Expertin Eliane Fernandes Ferreira am Freitag in Bonn. „Den vielen indigenen Vertretern aller Welt wurde zudem ein viel zu kleiner Pavillon in der Bonn-Zone für den Austausch untereinander zugewiesen: Dort haben nur 40 Personen Platz. Die Ureinwohner so vor den Kopf zu stoßen ist beschämend. Sie sind die ersten Opfer des Klimawandels. Wir müssen sie ernst nehmen, denn durch unsere unverantwortliche Klimapolitik ist ihre und unsere Existenz bereits unmittelbar bedroht.“

Eliane Fernandes Ferreira ist mit dem Ashaninka-Sprecher Benki Piyäko aus dem brasilianischen Bundesstaat Acre seit Beginn der Klimakonferenz in Bonn. Sie halten sich dort noch bis zum 12. November auf. Die GfbV kündigte an, am kommenden Montag offiziell Beschwerde gegen die Ausgrenzung der Indigenen einzulegen.

„Mit ihren zögerlichen Maßnahmen gegen die Erderwärmung gefährden die Industrienationen nicht nur die ökologische, sondern auch die kulturelle Vielfalt der Erde“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius. „Den Klimawandel bekommen viele der weltweit etwa 5.000 indigenen Völker mit ihren rund 370 Millionen Angehörigen schon jetzt zu spüren. Es muss selbstverständlich sein, ihre Bedürfnisse und ihr



Wissen anzuerkennen.“ Indigene Gemeinschaften seien sehr viel stärker als die Industrienationen auf intakte Ökosysteme angewiesen, um ihr traditionelles Leben weiterführen zu können.

Die Ashaninka-Gemeinschaft von Benki Piyãko im brasilianischen Bundesstaat Acre hat schon vor Jahren die Initiative für den Regenwald ergriffen und über 2.000 junge Bäume auf ihrem Territorium nachgepflanzt. Gleichzeitig haben die Ashaninka beständig Überzeugungsarbeit bei nicht-indigenen Siedlern auf ihrem Gebiet geleistet. Die Siedler erkennen inzwischen an, dass nur ein intakter Regenwald langfristig ihre Existenz sichert und auch unsere beeinflusst. Benki Piyãko und seine Gemeinschaft haben das Ausbildungszentrum „Yorenka ãtame“ ins Leben gerufen. In dem Projekt wird indigenen und nicht-indigenen Jugendlichen der schonende und respektvolle Umgang mit der Natur auch mit modernen Mitteln nahegebracht. Sie werden in Waldwirtschaft, Schildkröten-, Bienen- und Fischzucht unterrichtet und lernen ebenso, Computer und Internet zu nutzen.

### **Arbeitskontakte**

#### **Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster**

Ulrike Kuhlmann,  
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)  
E-mail: [ulriekuhlmann@googlemail.com](mailto:ulriekuhlmann@googlemail.com).

Dr. Kajo Schukalla  
Markweg 38, 48147 Münster,  
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),  
E-mail: [kajo.schukalla@gmail.com](mailto:kajo.schukalla@gmail.com)

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster  
<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

*PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.*

*Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.*